

Abg. Dr. Stölzel über die Frage der Parlamentseröffnung.

Aus Salzburg wird berichtet: Abg. Doktor Stölzel äußerte sich über die Frage der Parlamentseröffnung in nachstehender Weise:

Ich halte die Antwort des Ministerpräsidenten an den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für richtig. Obwohl ich in der Frage der Parlamentseröffnung die hie und da zutage getretene Nervosität nicht teile, bin ich doch über die unabweisende Neugierung des Kabinettschefs befriedigt, weil sie eine Aenderung des Kurjes glatt verneint. Der deutsche Nationalverband hat seine Haltung in der Frage der Wiedererweckung des verfassungsmäßigen Lebens wiederholt klar dargestellt und deutlich begründet. Diese Auffassung besteht auch heute noch. Wir wollen ein gesundes, arbeitsfähiges Parlament, in einem gesunden, starken Staate. Unsere Forderungen sind nur zum kleinsten Teile nationaler Natur, sie sind vor allem Staatsforderungen. Wenn eine Regierung glauben sollte, ohne Befriedigung dieser Begehren den Staat gut gesichert und verfassungsgemäß erhalten und leiten zu können, so werden wir dies nicht verhindern und auch nicht verhindern können. Dann trifft aber diese Regierung auch die volle und ganze Verantwortung. Wir deutsche Abgeordnete im Verbands haben keine Lust mehr, die Ehrenbezeichnung „Parlamentarier“, in der Öffentlichkeit und vor uns selbst weiter herabzuwürdigen, ja lächerlich machen zu lassen, wie dies leider dem österreichischen Parlament in den letzten Jahren sehr stark geschehen ist, auch von Seite solcher, welche jetzt für das Parlament gewiß im besten Glauben eine Lanze brechen zu müssen der Ansicht sind.

Ich wiederhole: Wir wollen ein Parlament, wir wollen baldigst das Parlament, aber nicht, um dort wieder anzufangen, wo wir aufgehört haben! Eine politische und nationale Partei ist nicht in der Lage, im Staate Oesterreich zu regieren oder zu diktieren, sie kann nur mitarbeiten. Was an uns gelegen war, geschah bisher, um mitzuarbeiten an der Ordnung der Dinge in Oesterreich auf Grund der Lehren des Krieges. Sache der Regierungsgewalten ist es, bei allen ihren Maßnahmen sich vor allem von den Bedürfnissen des Staates, seiner Verwaltung, seiner Wehrmacht sowie der Wohlfahrt aller Staatsbürger leiten zu lassen. Hoffen wir, daß diese Regierungsentscheidungen und Regierungshandlungen uns staatsbewußten Deutschösterreichern die positive Mitarbeit dauernd erlauben, ja gebieten werden.“